Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. [illegible].
Annahme von Ankündigungen: [illegible]
Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. [illegible]
[illegible] Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile [illegible] 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten [illegible] 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Lobeck & Co.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Simon's Annenhof Dresden.
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Im Centrum der Stadt.
Gutes Restaurant Bürgerl. Pilsner.
Mässige Preise.

Modernste Wiener Corsets aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Plaul, Hoflieferant **Wallstr. 25.**

Weihnachts-Neuheiten in **Photographie-Albums, Portefeuille-Waaren** empfiehlt **Bernhard Rüdiger,** Wilsdrufferstrasse 3.

WEIN-Handlung -Stuben ← **Portikus** a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Regenschirme in **grösster Auswahl.** Schirmfabrik **C. A. Petschke,** **Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9** (Stadthaus).

Nr. 333. Spiegel: Etatsberathung im Reichstag. Hofnachrichten. Konservativer Verein. Kunstverein. Maul- und Klauenseuche. Bismarck und Napoleon. Gerichtsverhandlungen. Richard Becker-Concert. Geistliches Concert. | Muthmaßliche Witterung: Naßkalt. | **Mittwoch, 2. Dezbr.**

Politisches.

Nachdem die Reichsboten in den ersten 20 Tagen seit dem Wiederzusammentritt des Reichstags ausgiebigen Gebrauch von dem unveräußerlichen Rechte aller freien Staatsbürger und Abgeordneten gemacht hatten, im Parlamente genau so langweilige Reden zu schwingen, wie es ihnen beliebt, ohne jede Rücksicht auf die zuhörenden Kollegen und die späteren Leser der rednerischen Ergüsse, hat nunmehr endlich der Beginn der Etatsberathung etwas erfrischende Abwechselung in die Debatten hineingetragen. Der Reichsschatzsekretär Graf v. Posadowsky gab eine finanzielle Auseinandersetzung im großen Stile. Er begann mit einem wohlverdienten Kompliment für sich selbst, indem er feststellte, daß seine 11¼ Millionen betragende Schätzung des Ueberschusses aus der Eigenwirthschaft des Reichs für das Etatsjahr 1895/96 „mit mathematischer Genauigkeit" eingetroffen sei. Diese rund 12 Millionen verbleiben also dem Reiche als Vortrag. Die weiteren Ausführungen des Ministers entrollten ein so günstiges Bild von dem augenblicklichen Stande der Finanzen, wie es nach den Erfahrungen der letzten Jahre nur noch als Fata Morgana vor dem Geiste der Volksvertreter schwebte, ohne daß einer ernstlich zu hoffen gewagt hätte, es könnte an Stelle des Spiegelbilds in absehbarer Zeit auch einmal der reale Hintergrund treten. So wurde es denn auch mit einem ehrfürchtigen „Hört! hört!" begrüßt, als Herr v. Posadowsky die denkwürdige Erklärung abgab: „Es liegt die Möglichkeit, ja vielleicht die hohe Wahrscheinlichkeit vor, daß wir seit 1875 (dem Jahre, in dem zum ersten Male eine Anleihe aufgenommen wurde; bis dahin hatten die 5 Milliarden Kriegsentschädigung zugereicht) das erste Etatsjahr erleben, wo das Reich mit neuen Schulden nicht belastet würde." Den Ueberschuß aus der Eigenwirthschaft des Reichs für das laufende Rechnungsjahr 1896/97 berechnete der Reichsschatzsekretär auf etwa 16½ Millionen, einschließlich des aus der Konvertirung zu erzielenden Betrags an Zinsersparnissen. In den Finanzen der Einzelstaaten kommt diese erfreuliche Gestaltung der pekuniären Lage des Reiches dadurch zum Ausdruck, daß jene für das abgelaufene Etatsjahr 1895/96 nach Abzug der auf Grund der lex Lieber zurückzubehaltenden Summen für die Schuldentilgung 17½ Millionen mehr an Ueberweisungen über die Matrikularbeiträge herausgezahlt bekommen, als etatsmäßig veranschlagt worden war. Für das laufende Etatsjahr stellt sich die Rechnung so, daß die Einzelstaaten ungefähr 25 Millionen mehr zurückerhalten, als sie an das Reich gezahlt haben. Dazu kommt noch die von dem Reichsschatzsekretär angedeutete angenehme Perspektive, daß die letzten beiden fetten Jahre nicht vereinzelt dastehen, sondern die Einleitung zu einer längeren Periode von Ueberschüssen bilden dürften. Wenn aber Herr v. Posadowsky in diesem Punkte, entgegen der von Herrn Dr. Miquel beliebten Verfahrungsart, aus seinem Herzen keine Steuergrube machte, so war er doch auch weit entfernt, deswegen die gebotene Vorsicht aus den Augen zu verlieren. Er wies vielmehr unmittelbar darauf auf die nach wie vor bestehende Nothwendigkeit hin, daß für das finanzielle Verhältniß zwischen dem Reich und den Einzelstaaten eine feste Form der Regelung gefunden werden müsse, um künftigen Unzuträglichkeiten vorzubeugen, die aus dem Umstande, daß die Schuldner des Reichs in Wirklichkeit Schuldner der Einzelstaaten sind, jeden Augenblick wieder entstehen könnten. Es handelt sich darum, die Einzelstaaten gegen das unerwartete Anwachsen der Forderungen von Reichswegen grundsätzlich sicher zu stellen durch eine gesetzliche Balancirung der Ueberweisungen und Matrikularbeiträge, sowie um eine maßvolle, aber regelmäßige und systematische Schuldentilgung im Reiche. In diesem Sinne verkündete der Reichsschatzsekretär Namens der verbündeten Regierungen, daß sie an der Reform der Finanzen unverändert festhielten. Im Einzelnen ist aus der Rede des Herrn v. Posadowsky noch hervorzuheben die Aeußerung, daß sich unsere Handelsbilanz nach anfänglich ungünstiger Gestaltung infolge der Handelsverträge nunmehr wieder ausgeglichen habe. Der Minister bewegte sich bei diesem Theil seiner Ausführungen in diplomatisch gehaltenen Wendungen, aus denen als Quintessenz zu entnehmen ist, daß „rein finanziell und nach absoluten Zahlen betrachtet" allerdings ein Vortheil für unsere Industrie und unseren Handel aus den Verträgen herausgesprungen sei. Den Marine-Etat vertheidigte Herr v. Posadowsky mit überzeugender Klarheit, indem er die sachliche Begründung der eingestellten Forderungen nachwies und ebensowohl die Behauptung, daß der jetzige Etat eine hohe dauernde Mehrbelastung herbeiführen würde, wie das Gerede über eine beabsichtigte chauvinistische Weltpolitik als bloße tendenziöse Mache zurückwies. Die angebliche uferlose Mehrbelastung kennzeichnete der ministerielle Redner schlagend durch den Hinweis, daß der Marine-Etat für 1897/98 den Reichshaushalt für die Zukunft nicht nur nicht mehr, sondern gar um 2½ Millionen weniger belastet, als der laufende Etat.

Der Finanzredner des Centrums, der zunächst zum Worte kam, wußte nicht recht, wie er es andrehen sollte, um bei der vorschriftsmäßigen parteioffiziellen Regierungsfreundlichkeit gleichzeitig auf seine oppositionellen Kosten zu kommen. Er redete infolgedessen allerlei hin und her, bis er sich endlich glücklich bis zum Marine-Etat durchgearbeitet hatte. Die sachlichen Ausführungen des Reichsschatzsekretärs aber ließen auch auf diesem Gebiete keine rechten Angriffspunkte zum Vorschein kommen, sodaß Herr Fritzen schließlich als letztes Mittel einen Pfeil gegen die verantwortlichen Stellen aufschwirren ließ, indem er ziemlich unvermittelt mit der Bemerkung herausplatzte, daß der diesmalige Marine-Etat „wohl nicht ausschließlich im Reichsmarineamt ausgearbeitet worden sei"; ein Originalwitz erster Güte, über den einige persönliche Freunde des Herrn Fritzen im Centrum und auf der Linken so liebenswürdig waren, den Versuch eines Gelächters anzustimmen. Unter diesen Umständen war Herr Fritzen sichtlich froh, als er endlich am Schlusse angelangt war und mit einer schwungvollen Verwahrung gegen das „Phantom einer Weltpolitik" seinen rhetorischen Degen einstecken konnte, mit dem er zuletzt der Regierung ein wenig vor der Nase herumgefuchtelt hatte, ohne daß es zu einem ernsthaften Ausfall gekommen war.

Nach Herrn Fritzen sprach Herr v. Bötticher einige kurze und bündige Worte über Sozialpolitik, Nordostseekanal und dänische Vieheinfuhr, und dann erschien Herr Richter auf dem Plane. Herr Richter sprach so gallig wie nur möglich und entkleidete sich sogar der geringen Liebenswürdigkeit, die er bisher, entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, dem jetzigen Regime entgegenzubringen pflegte, indem er voll Zorn ausrief: „Selten ist eine Regierung durch die Thatsachen so gerichtet worden wie die gegenwärtige!" Zu diesem Urtheil wird Herr Richter veranlaßt durch eine Meinungsverschiedenheit über die Gestaltung des Etats für 1897/98. Dieser Etat zeigt nämlich zwei Eigenthümlichkeiten, die allerdings geeignet sind, aufzufallen: einmal einen Ueberschuß der Matrikularbeiträge über die Ueberweisungen (also ein Defizit) von 8 Millionen und außerdem eine Vermehrung der Anleihekredite um etwa 56 Millionen, diese hauptsächlich durch die Mehrforderungen für die Marine veranlaßt. Es muß zugegeben werden, daß es die „Vorsicht" ein wenig zu weit treiben heißt, wenn man bei einer Finanzlage, von der der Reichsschatzsekretär selbst eine Reihe von Ueberschußjahren erwartet, noch ein wenn auch geringes Defizit herausrechnet. Deswegen allein brauchte Herr Richter aber eigentlich nicht so böse zu werden, um so weniger, als er es ja meisterhaft versteht, einen während einer Finanzperiode sich ergebenden Ueberschuß herauszufinden und ihn der Regierung auf Heller und Pfennig nachzurechnen. Dagegen liegt allerdings in dem zu zweit genannten Gegenstand der Richter'schen Kritik ein beachtenswerther Kern. Auch dem nationalen Politiker muß sich der Gedanke aufdrängen, ob nicht bei der augenblicklichen großen Gunst der Finanzlage sich ein ernsthafter Versuch gelohnt hätte, in dem nächsten Etat die Einstellung einer neuen Anleihe ganz zu vermeiden. Wenn schon nach der Eingangs erwähnten Erklärung des Reichsschatzsekretärs der laufende Etat eine Benutzung der für ihn bewilligten Anleihekredite höchst wahrscheinlich erübrigt, so ist nicht einzusehen, warum der nächste Etat durchaus wieder auf die Eröffnung eines Anleihekredits zurückgreifen mußte.

Die übrigen Ausführungen Herrn Richter's bezogen sich auf die Kolonialpolitik, das Militärkabinet, die Marine und die Militärstrafprozeßreform und brachten nichts Neues. Einigermaßen interessant wurde der volksparteiliche Redner nur, als er allerlei pikante Geschichten über das schicksalsvolle Walten des Kaiserlichen Militärkabinets erzählte, dessen Geschichte er als eine Geschichte der Hintertreppenpolitik und der Intrigue bezeichnete. Bei der Besprechung des Marine-Etats zeigte sich Herr Richter sogar noch päpstlicher als der Papst, indem er eine frühere Aeußerung des Abg. Fritzen reproduzirte, an die dieser offenbar unter den heutigen Verhältnissen nicht gern gemahnt sein mochte: „Die Weltpolitik ist in der Politik das, was der Größenwahn bei dem einzelnen Menschen ist." Das erinnert lebhaft an einen gewissen Herrn, der in den 60er Konfliktsjahren der Monarchie Preußen den „Großmachtskitzel" austreiben wollte. Herr Richter schloß mit einer Absage an die Regierung, der er im Namen seiner Freunde Feindschaft ankündigte, so lange die freisinnigen Wünsche nicht erfüllt würden. Da dürfte denn wohl der angesagte Kriegszustand von so langer Dauer sein, als Herr Richter bei dem politischen Handwerk verbleibt. Sobald er freilich einmal den politischen Hobel niederlegt, wird auch gleich der ewige Friede da sein, weil seine „Unentwegten" nur noch nach Zehnern zählen und der schon längst kampfunfähig gewordene treue alte Knörcke selbst bei dem besten Willen die Nachfolgerschaft Eugen's des Großen nicht übernehmen könnte. Bemerkenswerth war am Schlusse der Sitzung noch die kühle Zurückweisung der Richter'schen Angriffe durch den Herrn Reichskanzler, der ausdrücklich erklärte, daß seit seinem Amtsantritt keine Maßregel getroffen worden sei, die er nicht mit seiner vollen Verantwortlichkeit habe decken können. Das mögen sich alle Diejenigen gesagt sein lassen, die dazu disponirt sind, der politischen Brunnenvergiftung à la Leckert-Lützow und Genossen zum Opfer zu fallen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 1. Dezbr.

* **Rom.** Kammer. Auf eine Interpellation Imbriani's über Erythräa erwiederte der Ministerpräsident di Rudini, der Augenblick zu einem endgiltigen Entschlusse sei noch nicht gekommen, aber das Vaterland werde nicht eine Größe erreichen, so lange es in ein Kolonialunternehmen verwickelt ist, welches zu den Mitteln des Landes in einem Mißverhältniß steht. Der Ministerpräsident verlangte hierauf ein Vertrauensvotum. Die Abstimmung ergiebt Beschlußunfähigkeit und wird deshalb morgen wiederholt.

* **London.** Amtlich wird bekannt gegeben, daß der Staatssekretär des Innern anordnete, Dr. Jameson, sobald es dessen Zustand erlaubt, freizulassen.

Berlin. Reichstag. Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt. — Abg. v. Leipziger (kons.): Die von Richter berührte Entlassung der Minister ist ein Recht der Krone und unterliegt keiner Kritik. Wir Konservativen bedauern freilich, daß ein solcher Minister wie Herr Bronsart v. Schellendorff uns hat verlassen müssen (Lachen links). Was Richter gegen uns Agrarier in Bezug auf das Zuckersteuergesetz ausführte, ist ganz unzutreffend. Dieses Gesetz ist durchaus nicht so zu Stande gekommen, wie wir es wünschen. Wenn gestern gesagt wurde, die finanziellen Folgen der Handelsverträge für das Reich seien ausgeglichen, so will ich das zugeben, aber für die Landwirthschaft sind die Folgen der Verträge nicht ausgeglichen (Sehr richtig! rechts). Im Gegensatz zu anderen Regierungen kann die unsrige unsere Landwirthschaft nicht schützen, eben wegen der Handelsverträge, deren Hauptfehler in der Meistbegünstigung liegt. Wenn jetzt die Eisenbahnverwaltung Vorschriften über die Verwendung der Margarine erlassen hat, so erinnere ich daran, daß wir gerade solche Vorschriften bei dem Margarinegesetz verlangten, aber vergeblich. Der Besoldungsnachtragsetat hat unsere Sympathien. Ein Theil meiner Freunde wünscht, daß mit den Besoldungsverbesserungen für Offiziere pari passu, auch der Resolution des Reichstags, betreffend warmes Abendbrot für die Mannschaften, stattgegeben werde. Auch wir wollen keinen Stillstand der Sozialreform, aber wir wollen sie nicht herbeigeführt wissen in dem Sinne der Bäckereiverordnung auf dem Wege des Normalarbeitstags. Bei dem Nordostseekanal ist die Verwaltung zu theuer, die elektrische Beleuchtung der ganzen Strecke ein Luxus. Was die Marine anlangt, so wird in der Kommission näherer Aufschluß gegeben sein über die Vermehrung der Mannschaften durch Beibehaltung der jetzt auf den Panzerschiffen befindlichen Seeinfanterie auf dem Lande und Ersatz derselben durch Mannschaften der Matrosendivisionen auf den Schiffen. Die starke Erhöhung der einmaligen Ausgaben für die Marine erregt bei uns auch starke Bedenken. Dazu erscheint es uns fraglich, ob die Werften für so starke Bauten leistungsfähig genug sind, und was dann später aus den Werftarbeitern wird, wenn der Umfang für Schiffsbauten wieder nachläßt. Redner widmet dann den Braven vom „Iltis" warme Worte. Aeußerungen, welche von einer Seite über diese Braven noch nach dem Tode laut geworden, erweckten Abscheu (Lachen bei den Sozialdemokraten). Bei der kurzen Lebensdauer der Schiffe müßte mindestens ein größerer Theil der für Schiffsbau geforderten Summe auf das Ordinarium gebracht werden. Das Extraordinarium müßte möglichst entlastet werden. Im Interesse der Schuldentilgung hätten seine Freunde im April der lex Lieber zugestimmt, aber auf die Dauer würde es auf diese Weise nicht gehen, denn wenn das Reich in schlechten Zeiten auf die Einzelstaaten zurückgreife, so müßten diese auch in guten Zeiten erhalten, was ihnen vom Reiche gebühre. — Staatssekretär Hollmann berichtigt zunächst eine Angabe des Vorredners, nicht vier, sondern zwei Schiffe der Sachsenklasse seien gegenwärtig im Bau. Der Vorredner rechne irrthümlich die in Reparatur befindlichen Sachsenschiffe mit. Eigentlich müßten jährlich 10 Prozent des Werthes der Marine als Ersatz gefordert werden, also, da die Marine etwa 320 Mill. Mark repräsentire, 32 Mill. Mk. In diesem Etat fordern wir aber von 145 Mill. Mk. nur 20 Mill. Mk. Ersatz, also 12 Millionen weniger als 32 Millionen (Heiterkeit). Ja, wenn ich Ihnen in der Kommission Alles mittheilen werde, werden Sie selber sagen: Die Sache bekommt ein ganz anderes Gesicht (Heiterkeit links). Für die Worte des Vorredners über den „Iltis" danke ich ihm herzlich. Auch ich habe jene Aeußerungen der sozialdemokratischen Blätter gelesen, aber wir glaubten, diese Sache nicht zum Anlaß von Erörterungen in der Presse machen zu sollen. Ueber die Ursache des Ausfalls wissen wir wenig, er kam ganz unerwartet. Die Mannschaften sind ihrem Eidschwur treu geblieben, sie haben, als sie keine Rettung sahen, mit einem Hoch auf den Kaiser geendet und wenn Jemand sagt, weshalb haben diese Leute in ihrer letzten Stunde nicht Gott angerufen, so sage ich, gerade so handelt nur ein wahrer Christ. Wenn sie ihren Kaiser vor Augen hatten, als die ihnen von Gott gesetzte Obrigkeit, so hatten sie nicht minder ihren Gott vor Augen. Das waren Helden und der Reichstag und mit ihm das ganze Land wird ihnen gewiß die Palme des Sieges zuerkennen. Sie sind ein leuchtendes Vorbild für die ganze Marine (Beifall). Wenn ich (zu den Sozialdemokraten gewendet) glauben müßte, daß Ihre Presse die Ansicht der ganzen Partei vertritt, so müßte ich den Glauben an die Menschheit verlieren. — Schatzsekretär v. Posadowsky vertheidigt gegen Richter die von ihm vorgeschlagene Finanzreform, deren Nothwendigkeit keine Dialektik hinwegdisputiren könne, denn die Einzelstaaten wüßten jetzt nie, welche Forderungen das Reich stellt, könnten also niemals eine geordnete Finanzwirthschaft führen. Den Anleihefond gebe er im Reiche frei. Es genüge, wenn man in guten Jahren Schulden tilge und in schlechten den Anleihefonds in höherem Maße belaste (Richter ruft: Da sind wir ja ganz einverstanden!). Das von ihm vorgeschlagene Finanzreformgesetz sei jedenfalls kein Automat. Was die Zuckersteuer anlange, so habe deren Reform dem Reiche überhaupt nichts einbringen können, sondern nur der Landwirthschaft Hilfe bringen. Aburtheilen über diese Reform dürfe man nach solch' kurzer Zeit noch nicht und er bedaure, daß selbst Interessenten sich zu abfälligen Urtheilen haben hinreißen lassen. Es stehe auch noch gar nicht fest, daß der Preisrückgang bei dem Zucker eine Folge des letzten Reformgesetzes sei. Richter's Vorschlag, die Ausfuhrprämien ganz fallen zu lassen und die Konsumabgabe entsprechend zu ermäßigen, sei unausführbar, denn daran sei nicht zu denken, daß die jetzt exportirten 10 Millionen Doppelcentner mit einem Schlage in den Innenverbrauch übergehen könnten und das wäre doch nöthig, wenn nicht der Rübenbau sehr geschädigt werden sollte. Unsere Zuckerindustrie sei allerdings eine Treibhauspflanze, aber das lasse sich eben nicht mit einem Schlage ändern. Was die Postverwaltung anlange, so werde die Frage der Heraufsetzung des einfachen Briefportogewichts von 15 auf 20 Gramm viel zu sehr aufgebauscht, zumal die Kaufleute mit 15 Gramm auskämen, weil sie auf sehr dünnes Papier zu schreiben pflegten (Heiterkeit). Ueber das Zeitungsporto herrsche zwischen ihm und dem Staatssekretär v. Stephan bereits Einverständniß und er hoffe, es werde demnächst eine Vorlage gemacht werden können. Im Militäretat seien die Neubauforderungen nicht ungewöhnlich hoch, für Kasernen nur 17 Millionen. Der Marineetat enthalte eine geringere Belastung als der vorige. — Abg. Paasche (nl.) will nach Dem, was der Schatzsekretär gesagt hat, nicht mehr auf die Zuckersteuer eingehen. Im Ganzen gebe der vorliegende Etat nicht zu so scharfer Kritik Anlaß, wie derselbe sie gefunden habe. Trotz seiner Höhe nehme man doch bei den Ansätzen vielfach Sparsamkeit wahr. Redner plaidirt weiter für eine Reichsfinanzreform, denn die Freiheit des Reichs über die Mittel der Einzelstaaten einfach zu disponiren, sei nicht [illegible] wünschenswerth. Wenn ein fester Automat bestehe, so werde gerade das die Sparsamkeit fördern. Zu neuen Steuern werde allerdings nirgends Neigung bestehen. Sehr nothwendig sei ein Schutz der Landwirthschaft gegen Einschleppung von Viehseuchen. Mit Schweinen könne unsere Landwirthschaft uns hinreichend versorgen, auch ohne daß es der russischen Einfuhr bedürfe; und sollten wir etwa, bloß um den Handel mit dem lieben Nachbar aufrecht zu erhalten, tuberkulöses Vieh hereinlassen? Weiter berührt Redner den Hamburger Streik; ob da schlechte Behandlung mitgespielt habe, wisse er nicht, Thatsache aber sei, daß englische Agitatoren dahinterstecke, sogar englische Kapitalisten (Gelächter bei den Sozialdemokraten). Man kenne ja die englische Selbstsucht und unsere Arbeiter seien sehr schlecht berathen, wenn sie im Interesse der englischen Rheder Hamburgs Handel und ihre eigenen Interessen so schwer schädigten. Die Hamburger Polizei habe sehr recht daran gehandelt, als sie fest zugriff und Tom Mann auswies. Bedauerlich sei das starke Anschwellen des Pensionsetats, besonders im Interesse der Offiziere selbst, die sich nachher in subalternen Stellungen behelfen müßten. Besoldungsverbesserungen seien namentlich geboten für akademisch gebildete Beamte, Sanitätsoffiziere und Militärpfarrer. Wie hoch seien schon jetzt im Gegensatz zu jenen die Gehälter von Kanzleibeamten in den Reichsämtern. Wenn aus dem Rückgang der Börsensteuer zu schließen sei, daß die Beziehungen zwischen Privatleuten und der Börse

Meine Frau sagt: **Triumph-Seife** ist doch die beste für Wäsche und Haushalt